



Editorial

Entscheidungen sind gefallen

Im Berichtsjahr fand die Abstimmung über das neue Pensionskassengesetz statt. Die Stimmberechtigten haben dank des massiven Einsatzes der Angestelltenverbände die moderatere von zwei Lösungen angenommen. Die Auswirkungen des Wechsels vom Leistungs- zum Beitragsprimat werden durch erhebliche Beiträge des Arbeitgebers gemildert. Die Lohnmassnahmen konnten in Zeiten schmerzhafter Sparprogramme auf dem Zielniveau gehalten werden.

Von **Anastasia Falkner, Präsidentin**

Die neue Pensionskassenregelung ist nicht besser, sondern für die meisten Kantonsangestellten mit Einbussen verbunden. Wegen der Unterdeckung in Milliardenhöhe mussten sowohl die Arbeitnehmenden als auch die Arbeitgebenden erhebliche Opfer bringen. Dass der Grosse Rat, der Regierungsrat und auch die Berner Stimmberechtigten einen einigermaßen ausgewogenen Kompromiss verabschiedeten, ist nicht selbstverständlich. Wichtig ist, dass nun die Jahre der Unsicherheit bei der Berufsvorsorge vorüber sind.

Mit dem vollständigen, allerdings geringen Teuerungsausgleich, mit den im Personalgesetz vorgesehenen Mitteln für einen ordentlichen Gehaltsstufenanstieg und einer bescheidenen Summe für den Ausgleich von Fehlentwicklungen der früheren Jahre ist der Lohnanstieg zufriedenstellend.

Dass zudem ein erhöhter Vaterschaftsurlaub von zwei auf zehn Tage auf den Jahreswechsel eingeführt wird, ist ein erfreu-



Präsidentin Anastasia Falkner und Geschäftsführer Matthias Burkhalter fordern verbesserte Anstellungsbedingungen für das Kantonspersonal.

Quelle: Polizeiverband

liches Resultat der ständigen Bemühungen des BSPV um verbesserte Anstellungsbedingungen. Alle unsere berechtigten For-

derungen sind aber noch nicht erfüllt. Der BSPV setzt sich weiterhin mit viel Energie für seine Mitglieder ein.

2

Pensionskasse

Neues PKG steht: Die Stimmberechtigten des Kantons Bern haben sich für die weniger schlechte Variante entschieden.

3

Lohnmassnahmen

Seit der Teilrevision des Personalgesetzes ist der individuelle Lohnanstieg nun endlich verlässlicher ausgerichtet.

10

ASP

Der Spardruck im Kanton Bern hat eine lange Tradition. Beim aktuellen Sparpaket ASP sind die Folgen spürbar.

Hinweis

Jahresrechnung

Die Verbandsrechnung 2014 schliesst erneut mit einem Gewinn ab. Details auf Seite 8 und 9.

Erzwungener Primatwechsel

In einer denkwürdigen Abstimmung haben die Stimmberechtigten des Kantons Bern dem Kantonspersonal sein Vertrauen ausgesprochen. Sie haben sich für die weniger schlechte von zwei Varianten entschieden.

Der Grosse Rat erteilte nach dem Debakel bei der Bernischen Lehrerversicherungskasse BLVK im Jahr 2005 dem Regierungsrat den Auftrag, zu prüfen, ob die beiden Pensionskassen des Kantons Bern vom Leistungs- ins Beitragsprimat zu überführen seien. Anlass war die erhebliche finanzielle Unterdeckung der beiden Kassen BPK und BLVK. Um alle versprochenen Leistungen finanzieren zu können, fehlten Milliarden. Der Regierungsrat legte einen Bericht vor und lehnte den Primatwechsel ab. Der Grosse Rat doppelte dann per Motion und mit Planungserklärungen nach und erzwang die Vorlage eines neuen Pensionskassengesetzes, der den Primatwechsel mit sich brachte.

Erhebliche Unterdeckung

Anlass für diese Verschlechterung der beruflichen Vorsorge war die erhebliche finanzielle Unterdeckung der beiden Kassen BPK und BLVK. Um alle versprochenen Leistungen finanzieren zu können, fehlten Milliarden.

In ausserordentlich harten Verhandlungen einigten sich die vorberatende Kommission und anschliessend der Grosse Rat

auf ein Gesetz, das sehr viele Änderungen bei den Pensionskassen mit sich bringt. Der Primatwechsel ist nur eine der wesentlichen Änderungen. Fortan liegt das Risiko der vollständigen Ausfinanzierung zum überwiegenden Teil bei den Versicherten und nicht mehr beim Kanton Bern als Arbeitgeber.

Änderung des Bundesrechtes

Zusätzlich änderte sich während der jahrelangen Verhandlungen das Bundesrecht. Dieses lässt den öffentlich-rechtlichen Pensionskassen einen weit kleineren finanziellen Handlungsspielraum. Alle Kassen der Gemeinden, der Kantone und des Bundes müssen neu zwingend auf mindestens 80% des notwendigen Deckungskapitals ausfinanziert werden. Die maximale Zeitspanne wurde vom Bund auf 40 Jahre festgelegt.

Der Berner Grosse Rat wählte aber ein anspruchsvolleres Ziel. Er strebt 100% Deckungsgrad an und verkürzte die Sanierungsfrist auf die Hälfte. Es muss also mehr Geld in einer kürzeren Frist eingeschossen werden als dies der Bund vorschreibt.

Ohne neues Gesetz und ohne tragfähigen Kompromiss drohte allerdings sogar eine Zwangsfinanzierung innert 10–12 Jahren auf 100%. Aus diesem Grund waren die Angestelltenverbände bereit, einer neuen Lösung zuzustimmen, wenn der schmerzhaft Übergang abgedeckt werden konnte. Der Grosse Rat hat sich zu einer solchen Lösung durchgerungen, die den Kanton Bern über zwei Milliarden Franken kosten wird.

Abstimmung erzwungen

Da gegen das neue Gesetz ein Referendum ergriffen wurde und das Quorum von 10 000 Unterschriften erreicht, wurde eine Volksabstimmung erzwungen. Dem Stimmvolk wurden die Hauptvorlage des Grossen Rates und ein erheblich schlechterer Eventualantrag unterbreitet.

Die Personalverbände sahen sich nun vor die Grundsatzfrage gestellt, ob sie die neue Lösung unterstützen und dabei für die weniger schlechte Variante kämpfen sollten. Der Zentralvorstand des BSPV genehmigte einen Kredit von 80 000 Franken für die Unterstützung einer Kampagne «Zweimal Ja zum Pensionskassengesetz».

Mit viel Einsatz gelang es schliesslich, alle Parteien, alle Personalverbände und sogar die Wirtschaftsdachverbände für ein Ja zum neuen Pensionskassengesetz zu gewinnen. Dass dann in der Abstimmung die weniger schlechte Variante angenommen wurde, ist ein grosser Vertrauensbeweis der Stimmberechtigten für die Berner Kantonsangestellten. Oder möglicherweise reichte der vereinte Einsatz aller Staatsangestellten, der Lehrerinnen und Lehrer alleine, um das Resultat im gewünschten Sinn zu beeinflussen. Das würde heissen, dass wir stark genug sind, Volksabstimmungen in unserem Sinn zu entscheiden.

Kernpunkte des neuen Pensionskassengesetzes

Schuldanererkennung

Der Kanton Bern kommt bei beiden Kassen für den Teil der Unterdeckung auf, der auf die Rentner entfällt. Der Betrag wird auf 1,1 Milliarden Franken geschätzt (Ausgangslage Ende 2013).

Finanzierungsbeiträge

Um den Rest der Unterdeckung zu beheben, zahlen die Arbeitgeber und die Angestellten bis zu 20 Jahre lang Finanzierungsbeiträge. 40 Prozent zahlen die Arbeitnehmer, 60 Prozent die Arbeitgeber. Die Lohnabzüge betragen für die Kantonsangestellten 0,95% des versicherten Verdienstes. Für die Lehrkräfte sind es 1,7%.

Rentenalter 65

Die Versicherten der BLVK erreichten das Rentenmaximum schon während Jahren erst mit 65 Jahren. Bei den BPK-Versicherten wurde diese Grenze von 63 auf 65 Jahre angehoben. Bei den Polizistinnen und Polizisten von 60 auf 62 Jahre.

Primatwechsel

Beide Kassen wechseln Ende 2014 ins Beitragsprimat. Das bedeutet, dass die Höhe der Renten nicht mehr nach dem letzten versicherten Verdienst berechnet wird, sondern nach den angesparten Mitteln. Diese setzen sich aus den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen sowie den Zinserträgen zusammen. Um das Rentenziel primär der älteren Mitarbeitenden nicht zu gefährden, werden rund 500 Millionen Franken für individuelle Einlagen zur Verfügung gestellt.

Teilrevision bringt Verbesserungen

Wir stellen mit Befriedigung fest, dass seit der Revision des Personalgesetzes die Lohnmassnahmen nun endlich besser geregelt, besser geplant und verllässlicher ausgerichtet werden.



Finanzdirektorin Beatrice Simon setzt sich für bessere Anstellungsbedingungen ein.

Foto: Zryd

Die letzten Jahre waren geprägt von einer sehr tiefen Jahresteuern. Der Regierungsrat hat diese in den letzten acht Jahren immer ausgeglichen oder sogar noch eine Kompensation von Rückständen aus den früheren Jahren vorgenommen. Je

nach Rechnungsart verbleiben aber immer noch weit über fünf Prozente auszugleichen.

Ungenügender individueller Lohnanstieg

Damit nach bernischem Gehaltssystem das Maximalziel erreicht werden kann, braucht es einen kontinuierlichen Aufstieg von jährlich 2–3 Gehaltsstufen. Gemäss den Berechnungen des Personalamtes ermöglichen 1,5% der Gehaltssumme einen durchschnittlichen Anstieg um 2,7 Gehaltsstufen.

Die nebenstehende Tabelle zeigt deutlich, dass die Ziele des individuellen Lohnanstiegs, auch bei besten Leistungen, in den Jahren 2004–2013 und auch davor bei weitem nicht erreicht worden sind. Es herrschte praktisch ein Karrierestillstand. Für den Jahreswechsel 2014 und 2015 wurden nun erstmals jene Mittel eingestellt, die notwendig sind, um ein weiteres Anwachsen der Lohndelle zu verhindern. Und auch im Aufgaben- und Finanzplan sind diese Mittel für die künftigen Jahre vorgesehen.

Jahr	Jahresteuern	Teuerungs- ausgleich	Mittel für individuellen Gehaltsaufstieg	Mittel für individuelle Korrekturen	Total Lohnmassnahmen
2004	0,6%	0,5%	0,5%		1,0%
2005	0,8%	0,5%	0,5%		1,0%
2006	1,2%	0,5%	0,5%		1,0%
2007	1,1%	1,0%	1,0%		2,0%
2008	0,7%	1,0%	1,0%		2,0%
2009	2,4%	2,8%	0,0%		2,8%
2010	-0,5%	0,3%	0,7%		1,0%
2011	0,7%	0,7%	1,0%	0,1%	1,8%
2012	0,2%	0,4%	0,9%	0,2%	1,5%
2013	-0,7%	0,0%	0,4%		0,4%
2014	-0,1%	0,0%	1,5%		1,5%
2015	0,1%	0,1%	1,5%	0,2%	1,8%

Korrekturen der Lohndelle

Die Lohndelle durch den ungenügenden individuellen Anstieg der letzten Jahre beträgt insgesamt 200 Millionen Franken. Mit den dieses Jahr zur Verfügung gestellten Mitteln von 0,2% können gerade einmal 6 Millionen ausgeglichen werden. In diesem Tempo dauert es noch 30 Jahre, bis alle Lohnungerechtigkeiten beseitigt sind. Es kommt hinzu, dass all jene, die sich in der Lohndelle befinden, entsprechende Einbussen bei den Pensionskassenbeiträgen hinnehmen mussten, die nie mehr vom Arbeitgeber kompensiert werden.

Ungewisse Aussichten

Wir haben im laufenden Jahr positive Resultate zu verzeichnen und hoffen auf eine stabile Lohnpolitik in den kommenden Jahren. Am Ziel der konkurrenzfähigen Löhne im Vergleich zur Stadt Bern, der Bundesverwaltung, der umliegenden Kantone und der grossen Dienstleistungsbetriebe sind wir noch lange nicht.

Erfolge

Der seit Jahren geforderte Vaterschaftsurlaub von zehn Tagen konnte endlich durchgesetzt werden. Und dass das mittlere Kader der Gehaltsklassen 19 bis 23 nun ebenfalls Anrecht auf Nacht-, Wochenend- und Pikettzulagen hat, begrüssen wir ebenfalls. Wie hoch jedoch die geplante Kürzung der Langzeitkonten ausfallen wird, konnte noch nicht geklärt werden. Der BSPV bleibt am Ball.

Generell

Die Arbeitswelt ändert sich heute schneller als noch vor einigen Jahrzehnten. Deshalb muss der Kanton Bern angemessene Anstellungsbedingungen anbieten können, um qualifiziertes Personal anstellen zu können.

Jahrelange harte und intensive Kämpfe haben sich gelohnt

Nach jahrelangen Verhandlungen und dank massivem Einsatz des BSPV konnte mit der Revision des Pensionskassengesetzes eine für das Kantonspersonal völlig ungenügende Lösung verhindert werden. Und der individuelle Gehaltsaufstieg von 1,5% ist endlich im Gesetz verankert worden. Der BSPV hat noch lange nicht alle Ziele erreicht. Unter der neuen Präsidentin, Anastasia Falkner, werden die nächsten Baustellen angegangen.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle mit Matthias Burkhalter, Daniela Zryd, Esther Ritter und Sabine Ritz blieb im Berichtsjahr personell unverändert. Mit bloss 320 Stellenprozenten gelingt es ihr, die täglichen Verbandsarbeiten zu erledigen und die zahlreichen Mitglieder zu betreuen, zu beraten und zu informieren.

Geschäftsleitung

Gerichtspräsidentin Anastasia Falkner trat auf die Abgeordnetenversammlung 2014 die Nachfolge von Grossrat Peter Bernasconi als Präsidentin an. Peter Bernasconi wurde für sein grosses Engagement für das Personal in den Jahren 2008 bis 2014 zum Ehrenmitglied ernannt. Anastasia Falkner ist die neunte Verbandspräsidentin in den 102 Jahren seit der Gründung des BSPV. Und sie ist die erste Frau, die dieses anspruchsvolle Amt übernimmt.

Die neun Mitglieder der Geschäftsleitung trafen sich im Jahr 2014 zu insgesamt neun Sitzungen. Hauptthemen waren die Abstimmung über das neue Pensionskassengesetz, die Auswirkungen der Sparpakete und die Vernehmlassung zur Revision der Personalverordnung. Daneben standen aber auch weitere Verbesserungen der Anstellungsbedingungen etlicher Berufsgruppen zur Diskussion.

Wahlen

Die Geschäftsleitung empfahl bei den Grossratswahlen 18 BSPV-Mitglieder aus fast allen Parteien zur Wahl. Elf davon schafften die Wiederwahl, alle anderen schnitten beachtlich ab. Dies ist ein gutes



Unter der neuen Präsidentin werden die nächsten Baustellen angegangen. Foto: Zryd

Zeichen für den BSPV. Die Vertretung unseres Verbandes im Grossen Rat und allen politischen Parteien ist uns ein Anliegen. Erfreulich ist auch, dass unsere beiden langjährigen Mitglieder Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud die Wiederwahl in den Regierungsrat ebenfalls geschafft haben.

Zentralvorstand

Drei Mal insgesamt traf sich der Zentralvorstand (ZV) im Berichtsjahr. Bereits im Februar berief der BSPV eine ausserordentliche Zentralvorstandssitzung ein. Anlass dazu gab die bevorstehende Abstimmung vom 18. Mai über die Revision des Pensionskassengesetzes. Die Bevölkerung musste sich entscheiden, ob sie das Pensionskassengesetz annehmen oder ablehnen will.

Kurz vor der Abstimmung, am 8. Mai, traf sich der Zentralvorstand zu einer zwei-

ten Sitzung. Hauptthema war erneut die bevorstehende Abstimmung. Der BSPV hatte in Zusammenarbeit mit LEBE und dem vpod sowie zahlreichen weiteren Organisationen ein breites Abstimmungskomitee gegründet, das der Bevölkerung ein Ja/Ja und die Stichfrage Hauptvorlage unterbreitete. Nun galt es abzuwarten.

Die letzte Zentralvorstandssitzung fand im Oktober in Huttwil statt. Für einmal waren keine wegweisenden Entscheidungen zu treffen. Die neue Präsidentin Anastasia Falkner und der Geschäftsführer Matthias Burkhalter informierten die Anwesenden über die aktuelle Situation der Pensionskasse, die unerfreulichen Auswirkungen des ASP und über die personalpolitischen Fragen, die nach langer Zeit endlich geklärt wurden oder weiterhin zu fordern sind. Am Nachmittag besuchte der ZV die Biketec AG in Huttwil.

Abgeordnetenversammlung

Nach sechsjähriger Präsidentschaft des BSPV und mit dem Ende seiner Legislatur im Grossen Rat, übergab Peter Bernasconi an der Abgeordnetenversammlung im Juni sein Präsidium. Die AV wählte Anastasia Falkner als seine Nachfolgerin einstimmig. Eine weitere Wahl stand an. Der langjährige Revisor Hugo Marthaler wurde von Beat Baumgartner ersetzt. Peter Bernasconi nutzte seine letzte AV für einen Rückblick: Das Personalgesetz wurde indirekt mit der Revision des Lehrerstellungsgesetzes geändert. Ein verlässlicher Lohnanstieg von 1,5 Prozent pro Jahr hat der Regierungsrat und der Grosse Rat nun endlich ins Gesetz aufgenommen. Mit der

Abstimmung über das Pensionskassengesetz konnte die bestmögliche Lösung der drei Varianten erzielt werden. Das Resultat ist so herausgekommen, wie es an der ZV im Mai beschlossen wurde. Das Sparprogramm ASP hat massive negative Auswirkungen auf das Kantonspersonal – es kommt zu Versetzungen, Pensionierungen und Fluktuationen.

Sektionen

Im Berichtsjahr konnte erfreulicherweise erneut eine Sektion gegründet werden. Am 16. September traf sich eine Vertretung des nicht juristischen Personals der Justiz im Hotel Bern und gründete die jüngste Sektion «**Justizpersonal des Kantons Bern**», die inzwischen schon über 20 Mitglieder zählt und noch weiter wachsen wird. Die offizielle Aufnahme in den BSPV wird an der Abgeordnetenversammlung am 24. Juni 2015 stattfinden. Zusammen mit dem Verband Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (VBRS) und dem Verband Bernischer GerichtsschreiberInnen (VBGS) trägt die neue Sektion zu einer breiten Interessensvertretung des BSPV in der Berner Justiz bei.

Viel Informationsbedarf war in den drei Sektionen der **Berner Psychiatrie** in Münsingen, in Bellelay und in der UPD vorhanden. Die ASP-Sparmassnahmen und die geplante Ausgliederung aus der Kantonsverwaltung per 1. Januar 2017 führen zu vielen Problemen und offenen Fragen. Der Dialog der Direktionen mit den Personalverbänden ist offen und ziel führend.

Ebenfalls direkt betroffen vom kantonalen Abbau des Service Public ist der **Evangelisch-reformierte Pfarrverein Bern-Jura-Solothurn**. Über die nächsten Jahre wurde vom Grossen Rat ein Abbau von 27,5 Stellen verordnet. Es galt deshalb, im Berichtsjahr sozialverträgliche Lösungen aufzuzeigen.

Ein tragender Pfeiler des BSPV ist auch der **Kantonal-Bernische Strassenmeisterverband (KBSV)**, der dieses Jahr bereits sein hundertjähriges Bestehen feiern konnte. Die vier Untersektionen ha-

ben leider einen kontinuierlichen Mitgliederchwund zu verzeichnen. Einerseits werden vakante Stellen vielfach nicht mehr besetzt, so dass die Zahl der Mitarbeitenden im Strassenunterhalt ständig abnimmt und andererseits ist die früher weit überdurchschnittliche Solidarität abnehmend.

Im Bereich des **Straf- und Massnahmenvollzugs** nimmt hingegen die Mitgliederzahl erfreulicherweise stark zu. Ein Teil des Zuwachses in den fünf Sektionen ist allerdings auf bestehende Schwierigkeiten im Personalbereich zurückzuführen. Unterbestände und Führungsprobleme führen teilweise zu starken Beanspruchungen und hohen Fluktuationen.

Die weitaus wichtigste Sektion ist der **Polizeiverband Bern Kanton (PVBK)** mit erstmals über 2000 Mitgliedern. Dass durch die Einführung der Fachlaufbahn Uniformpolizei eine Verbesserung der beruflichen Perspektiven zusammen mit dem Polizeikommando und dem Regierungsrat erzielt werden konnte, ist erfreulich. Der aktuelle Stellenbestand entspricht allerdings noch immer nicht dem ausgewiesenen Bedarf. Der langjährige Präsident Markus Meyer hat sein Amt an Grossrat Adrian Wüthrich weitergegeben, der gefordert ist, die Anliegen des Polizeikorps in den politischen Gremien ebenso nachhaltig zu vertreten wie sein erfolgreicher Vorgänger.

Nicht einfach ist die Interessenvertretung an den drei **Berner Hochschulen**. An der Universität Bern, der Berner Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule Bern haben wir je eine Sektion, die die Interessen der Dozierenden vertritt. Schlechter ist die Vertretung beim administrativen Personal. Aber auch da gibt es Lichtblicke wie z.B. die Sektion der Bibliotheksangestellten, die aktiv auf die Verbandspolitik Einfluss nimmt.

Erfreulich sind das Engagement und das weitere Wachstum der **Rentnervereinigung**. Unter der Führung eines sehr aktiven Vorstandes wird ein attraktives Programm angeboten. Die Solidarität der Pensionierten mit den aktiven Kantonsangestellten ist wichtig und beeindruckend.

Wenn an dieser Stelle nicht von allen Sektionen Bericht erstattet wird, so liegt das nicht daran, dass diese nicht gut funktionieren, sondern eher daran, dass vieles rund läuft und sich die Sektionen aktiv am Verbandsgeschehen beteiligen und die Berufsinteressen ihrer Mitglieder vertreten. Die Sektionen bilden das Rückgrat des Verbandes und sind wichtige Ansprechpartner der Geschäftsleitung und der Geschäftsstelle. Allen aktiven Verbandsmitgliedern sei an dieser Stelle ganz herzlich für ihren Einsatz für unsere gemeinsamen Ziele gedankt.

Sozialpartnerschaft

Der BSPV führt den sozialpartnerschaftlichen Dialog auf verschiedenen Ebenen. Jährlich finden mehrere Gespräche mit einer Delegation des Regierungsrates und vorgängig mit dem Personalamt des Kantons Bern statt. Ein regelmässiger Austausch ist zudem mit der Justizleitung, dem Polizeikommando und den Direktionen der Anstalten UPD und PZM institutionalisiert. Der BSPV kann dabei immer auf viel Verständnis der Arbeitgebervertretungen für die personalpolitischen Anliegen rechnen. Nicht alles ist aber immer sofort umsetzbar. Jedes Jahr sind aber kleinere oder auch grössere Erfolge zu verbuchen und neue zu erzielen.

Pensionskassen

Am 1. Juli traten die neu gewählten Delegierten der **Bernischen Pensionskasse BPK** erstmals in neuer Besetzung zusammen. Mit Christoph Joss wurde der Präsident der BSPV-Sektion Schulinspektoren ehrenvoll zum Leiter der Delegiertenversammlung gewählt. Die Delegierten, das Büro der Abgeordnetenversammlung und die Arbeitnehmervertretung der Verwaltungskommission bestehen allesamt mehrheitlich aus BSPV-Mitgliedern.

Mit der **Bernischen Lehrerversicherungskasse BLVK** ist der Kontakt etwas loser, da bloss ein kleiner Teil unserer Mitglieder in dieser Kasse versichert sind. In der Verwaltungskommission sind aber immerhin zwei BSPV-Mitglieder der BLVK vertreten.

Zentralvorstand

Aeschmann Christiane	Pieren Hanspeter
Ammann Stefan	Potjer Birgit
Bandelier Loris	Rieder Beat
Bättig Daniel	Röthlisberger Claude
Beindorff Menno	Ruprecht Robert
Biedermann Roland	Schafer Roland
Bieri Hans	Schmutz Barbara
Blaser Daniel	Schneider Eugen
Blattmann Muriel	Schober Thomas
Bracher Jürg	Spiegel Preuck Marie-Louise
Burri Maya	Stauffner Christian
Burri Gerhard	Trösch Beat
Coso Toni	Wiedmer Jrene
De Chastonay Georges-André	Wüthrich Adrian
Egler Stefan	Wüthrich Barbara
Falkner Anastasia	Zumbrunn Kurt
Frost-Hirschi Andrea	Zurflüh Bruno
Gehri Urs	
Graf Michael	
Häberli Michael	
Hess Christoph	
Hofer Peter	
Insom Giorgio	
Joos Fortunat	
Joss Hans-Ulrich	
Joss Christoph	
Kabbani Karim	
Kammer Peter	
Keller Corinne	
Klein Horst	
Kneubühler Philippe	
Kunz Walter	
Kupferschmid Hans	
Lièvre Jean-Jacques	
Lysser Jürg	
Marti Hansueli	
Merlach Beat	
Moor Silvia	
Müller Andreas	
Neuhaus Henri	
Petter Andreas	

Mitgliederbestand 2014

Sektion	Bestand 2014	Davon Pensionierte	Vorjahr 2013	Differenz
Einzelmitglieder	1227	533	1264	-37
Höhere Angestellte des Kanton Bern	160	69	162	-2
Handwerklich-technisches Personal und Inselspital	212	69	218	-6
Union du Personnel	62	20	64	-2
Verein der Lehr- und Beratungskräfte des Amtes für Landwirtschaft des Kanton Bern (VLB)	100	26	102	-2
Forstingenieure	42	17	41	1
Förster	76	19	81	-5
Verband Bernischer Forstwirte und Waldarbeiter	21	2	24	-3
Kantonalbernerischer Wildhüterverband	38	8	40	-2
Fischereiaufseher	9	1	9	0
Psychiatrische Klinik Bellelay	24	2	22	2
Psychiatriezentrum Münsingen (PZM)	84	35	78	6
Universitäre Psychiatrische Dienste (UPD)	30	14	30	0
Justizpersonal des Kantons Bern	4	0	0	4
Pfarrverein	522	167	503	19
Regierungsstatthalter	12	2	9	3
Verband Bernischer Richter und Staatsanwälte	210	27	210	0
Gerichtsschreiber	40	0	43	-3
Grundbuchverwalter und Handelsregisterführer	34	7	30	4
Betreibungs- und Konkursbeamte	54	9	56	-2
Betreibungsweibel	38	0	39	-1
Polizeiverband Kanton Bern	1980	572	1963	17
Personal des Straf- und Massnahmenvollzuges	102	6	91	11
Anstalt Hindelbank	49	14	53	-4
Anstalt Thorberg	84	17	86	-2
Anstalt Witzwil	65	21	70	-5
Jugendheim Prêles	51	13	45	6
Automobil- und Verkehrsexperten	66	10	64	2
Universitätsdozenten	144	49	152	-8
Dozierende Berner Fachhochschulen	166	56	166	0
Pädagogische Hochschule Bern	35	3	31	4
Gymnasiallehrer	147	6	145	2
Schulinspektoren	19	5	20	-1
Berufsberater	47	16	48	-1
Bibliothekspersonal	74	7	73	1
Strasseninspektorenverband des Kt. Bern	20	8	22	-2
Strassenmeisterverband Emmental/Oberaargau	66	20	64	2
Strassenmeisterverband Mittelland	40	20	40	0
Strassenmeisterverband Oberland	68	20	72	-4
Strassenmeisterverband Seeland	66	19	70	-4
Unterhalt Autobahn	48	8	55	-7
Personalverband Sozialversicherungen	99	35	98	1
Gemeindepersonal Zollikofen	44	13	45	-1
Total	6479	1965	6498	-19

Totentafel 2014

Aerni Klaus, Bremgarten b. Bern
 Affentranger Paul, Bern
 Auchli Hugo, Brienz BE
 Balzarini Werner, Biel/Bienne
 Berger Fritz, Embd
 Berger Hans, Köniz
 Bettschen Wilhelm, Niederstocken
 Bischoff Heinz, Wilderswil
 Burkhalter Hans, Münsingen
 Charpiloz Fred, Orvin
 Fischer Hans, Bern
 Flückiger Hans, Rüscheegg-Heubach
 Gafner Edgar, Aeschi bei Spiez
 Gfeller Paul, Wichtrach
 Gigandet Edgar, Moutier
 Gilgen Hans, Thun
 Grob Walther, Bremgarten b. Bern
 Hadorn Beat, Forst b. Längenbühl
 Hauswirth Alfred, Bern

Hofmann Beat, Bolligen
 Horisberger Rudolf, Büren an der Aare
 Houriet André, Mont-Soleil /BE
 Hunsperger Otto, Häusernmoos im Emmental
 Imhof-Stalder Liselotte, Moosseedorf
 Jakob Therese, Belp
 Jossi Peter, Reichenbach Kandertal
 Kropf Maggie, Ostermündigen
 Kuhn Hugo, Nidau
 Lanz Hans-Ulrich, Bern
 Linder Alfred, Onex
 Maillard Abel, Porrentruy
 Mani Peter, Hüni bach
 Marti Fritz, Langnau i. E.
 Marti Werner, Biel/Bienne
 Müller Cédric, Biel/Bienne
 Müller Hans-Ulrich, Langenthal
 Muriset René, Bern
 Piccard Denise, Pully

Probst Rolf, Tschugg
 Ringeling Hermann, Bern
 Schmid Heinz, Hinterkappelen
 Schmid Walter, Bönigen b. Interlaken
 Schnegg Pierre-André, Tramelan
 Schneider Edgar, Rüfenacht
 Theiler Jakob, Einigen
 Thuner Hans, Rubigen
 Tschumi Pierre-André, Meikirch
 von Allmen Albert, Schwarzenburg
 Weber Jean, Perrefitte
 Wenger Hans Rudolf, Thun
 Wenger Rudolf, Aarwangen
 Willemin Walter, Hasle-Rüegsau
 Wyss Hélène, Bern
 Wysser Konrad, Niederscherli
 Zaugg Heinrich, Ins

Gratulation zum Verbandsjubiläum

40 Jahre Jubilare

Abbühl-Lauener Ernst, Urtenen-Schönbühl
Aebi-Wittwer Annerös, Hinterkappelen
Aeschbacher Peter, Münsingen
Affolter Walter, Heitenried
Alder Jean, Pully
Baer Hansruedi, Bern
Bärtschi Pierre-André, Bern
Baumgartner Peter, Burgdorf
Berger Werner, Mühlethurnen
Bickel Hans Ulrich, Thierachern
Bögli Werner, Niederörs
Brunner Bernhard, Bern
Brunner Erich, Malleray
Bühler Friedrich, Steffisburg
Diethelm Carl, Ittigen
Dietler Marcel, Liebefeld
Eggli Jürg, Lyss
Egli Christian, Wangen an der Aare
Fankhauser Hans, Worb
Finger Rosemarie, Münchenbuchsee
Fischer Kurt, Aarberg
Fleury Raymond, Biel/Bienne
Freiburghaus Rudolf, Zollikofen
Frossard Michel, La Neuveville
Fuhrer Jürg, Niederwangen b. Bern
Garo Kurt, Tschugg
Gerber Graziella, Biel/Bienne
Gfeller Fritz, Münsingen
Graber Fred, Bremgarten b. Bern
Guenin Jean-Pierre, Biel/Bienne
Häberlin Jürg, Burgdorf
Hadorn Beat, Forst b. Längenbühl
Hadorn Richard Bernhard, Frutigen
Haldimann Peter, Tschugg
Handke Kurt, Boll
Haudenschild Rudolf, Aarwangen
Herrmann Franz, Enggistein
Herschowitz Norbert, Muri b. Bern
Heutschi Theodor, Thierachern
Hodel Margartha, Liebefeld
Hofer Ralph, Gümliigen
Hofmann Ernst, Lengnau BE
Hosner Andreas, Burgdorf
Jost Kurt, Ipsach
Käser Heinz, Jegenstorf
Kauz Anton, Bern
Krebs Peter, Thun
Läderach Edith, Liebefeld
Lehmann Beat, Heimberg
Lerch Rudolf, Zollikofen
Limacher Hans Rudolf, Huttwil
Lüchinger Pius, Sumiswald
Lüthi Hermann, Niederstocken
Lüthi Paul, Wyssachen
Mäder-Lüthi Hertha, Niederscherli
Meichtry Alexander, Brügg BE
Messerli Otto, Rütli b. Riggisberg
Meyer Josef, Meinisberg
Morgenthaler Rudolf, Münsingen
Münch Eric, Bern
Münzer Martin, Zweisimmen
Offner Beat, Münchenbuchsee
Racle Denis, Evillard
Riesen Hans-Peter, Hinterkappelen
Rohrer Martin, Thun
Rösti Hermann, St. Stephan
Rothenbühler Johann Ulrich, Riedtwill
Röthlisberger Otto, Steffisburg
Rupp Markus, Thun
Rytz Hans, Rizenbach
Rytz Jörg W., Bern
Saurer Gottfried, Konolfingen
Schäfer Willy, Bern
Schenk Hansruedi, Sumiswald
Schenk Werner, Ostermundigen
Schmutz Ulrich, Toffen
Schneider Peter, Diessbach b. Büren
Schoch Urs, Zollikofen
Schönfelder Ernst-Jürgen, Bern
Schori André, Les Breuleux
Schori Oskar, Münchenbuchsee
Schranz Hans Ulrich, Worb
Schumacher Ernst, Bremgarten b. Bern
Sieber Arnold, Mühlethurnen
Siegenthaler Alfred, Lyss
Spycher Hanspeter, Aegerten

Stäuber Walter, Bern
Stauffer Heinz, Seftigen
Steiner Walter, Sutz
Stettler Christian, Burgdorf
Stoller Walter, Schwarzenburg
Strahl Peter, Bern
Strigl Annemarie, Biel/Bienne
Stucki Manfred, Oey
Studer Urs, Grosshöchstetten
Stüssi Johann Ch., Rüfenacht BE
Thomann Bernhard, Thun
Trittibach Daniel, Oey
Urweider Andreas, Biel/Bienne
Vondracek-Zubler Erika, Bern
Wälti Marcel, Twann
Weber Heinz, Oekingen
Wenger Ernst, Thierachern
Widmer Martin, Kirchberg BE
Woodford Richard, Roggwil BE
Wyss Fortunat, Ostermundigen
Zimmer Heinz, Thun
Zimmermann Hans, Heimenschwand
Zürcher Jürg, Bern

25 Jahre Jubilare

Aeschbacher-Zbinden Ernst, Biel/Bienne
Allemann Marcelino, Crémises
Bader Bruno, Saanen
Bähler Jürg, Bern
Bangertner Werner, Wengi b., Büren
Basler Therese, Biel/Bienne
Bestgen-Meyer Ruth, Bremgarten b., Bern
Bider Martin, Rubigen
Bieri Peter, Bern
Boder Lucien, Vauffelin
Boehr Elsa, Bern
Boss Beat, Affoltern im, Emmental
Brunner Philippe, Biel/Bienne
Büecheler Burkhalter Henriette, Hünibach
Burkhalter Hansruedi, Wynigen
Burkhalter Heinz, Meiringen
Burkhalter Ueli, Busswil b. Büren
Burkhard Hans-Rudolf, Lyssach
Dworzak Alfred, Wabern
Eggimann Andreas, Gerzensee
Eichenberger Daniel, Reconville
Fankhauser Urs, Bern
Fischer Hansjörg, Bern
Flotron Pascal, Malleray
Friedli Peter, Uettigen
Gasser Werner, Münsingen
Gatschet Roland, Utzigen
Gfeller Erich, Ins
Gfeller Werner, Richigen
Graf Thomas, Frutigen
Grose Barbara, Wichtrach
Grosjean Sylvia, Bolligen
Gross Bruno, Cressier FR
Gschwind Roland, Meiringen
Gurtner Martin, Biel/Bienne
Häberli Christoph, Studen BE
Hadorn Annemarie, Rothrist
Haenni Charles, Biel/Bienne
Hager Helmut, Lengnau AG
Haldimann Beat, Walperswil
Häni Ottilia, Bern
Henzer Renato, Möriegen
Hofer Hans Rudolf, Neuenegg

Hostettler Paul, Bern
Hügli Alfred, Busswil b. Büren
Hügli Margrit, Bern
Imboden Hans, Zollikofen
Jäggi Irene, Niederörs
Jakob Hanspeter, Münchenbuchsee
Joos Silvia, Belp
Kämpfer Urs, Ittigen
Kaufmann Daniel, Krauchthal
Kipfer Ernst, Burgdorf
Kocher Beat, Schwadernau
Kohler Katharina, Herzogenbuchsee
König Urs, Spiez
Kuhnert Urs, Wimmis
Küng Fritz, Burgdorf
Kunz Hanspeter, Krauchthal
Kunz Rudolf, Wimmis
Läng Edith, Ortschwaben
Lang Erika, Ittigen
Mathys Kurt, Worb
Mathys-Stucki Martin, Koppigen
Megert Jürg, Worb
Meier Franz, Wangen an der Aare
Mühlemann Adrian, Bern
Muhmenthaler Richard, Goldwil (Thun)
Müller Edgar, Zollikofen
Müller Jürg, Münsingen
Reinhard Peter, Utzigen
Riederer Urs, Muri b. Bern
Rohrbach Ernst, Bern
Ruef Monika, Gümliigen
Ryser Ralph, Jegenstorf
Sahli Thomas, Thun
Schär Peter, Kernried
Schild Markus, Mirchel
Schlosser Hans, Unterseen
Schmid Katrin, Langnau i. E.
Schmutz Daniel, Safnern
Schnell Hansruedi, Kappelen
Schürch Käthy, Bern
Stähli Roland, Gümliigen
Stegmann Otto, Gampelen
Steinmann Bernhard, Signau
Stoller Thomas, Lyss
Streit Jürg, Busswil b. Büren
Tanner Fabio, Worblaufen
Trachsel Daniel, Ammerzwil BE
Troxler Georges, Worb
Tschanz Thomas, Jegenstorf
Utiger Stephan, Thun
Utz-Rohrbach Barbara, Aarberg
Veenhof Jan, Gunten
Weber Anton, Münsingen
Wegmüller Hansueli, Kirchdorf BE
Wetli Daniel, Jegenstorf
Widmer Christian, Schliern b. Köniz
Wimmer Jean, Cormoret
Witschi Fritz, Lyss
Wolf Urs, Kirchberg BE
Wüthrich Simon, Lyss
Wyss Anton, Sigriswil
Wyss Peter, Bern
Zbinden Thomas, Thun
Zehnder Hans, Biel/Bienne

Ehrenmitglieder 2014

Aeby Otto, Neuenegg
Amstutz Frieda, Brislach
Balsiger Erwin, Belp
Bernasconi Peter, Worb
Fankhauser Hans, Schwarzenegg
Frauenfelder Erich, Thun
Hofer Ueli, Bremgarten b. Bern
Kunz Peter, Säriswil

Musy Pierre-André, Aegerten
Roth Otto, Thun
Seiler Roland, Moosseedorf
Staub Christian, Gümliigen
Thomann Bernhard, Thun
Wepfer-Rieder Heinrich, Thun

BSPV – Jahresrechnung 2014

1. Allgemeine Verbandsrechnung

1.1 Erfolgsrechnung

	Ertrag		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2013
Mitgliederbeiträge	760 000	756 593.84	754 536.25
Kapitalzinserträge	1 500	692.38	1 066.85
Div. Rückerstattungen (KPT, Coop, Allianz-Vers.)	27 000	27 419.18	25 957.90
Steuerrückerstattungen Vorjahre	0	8 999.00	5 807.80
Ausserord. Ertrag	0	527.95	509.50
Rückerst. Dienstleist. Unterstützungskasse	20 000	20 000.00	20 000.00
Total Ertrag	808 500	814 232.35	807 878.30

	Aufwand		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2013
Abgeordnetenversammlung	13 000	18 597.05	19 053.85
Zentralvorstand	8 000	12 102.50	4 810.50
Geschäftsleitung und Delegationen	38 000	39 033.35	36 654.60
Personalaufwand	381 000	378 792.10	381 407.70
Sozialleistungen Arbeitgeber	75 000	73 779.05	81 678.70
Personalweiterbildung	3 000	3 531.10	2 690.00
Büromiete und Nebenkosten	51 000	47 737.10	49 294.30
Büro- und Verwaltungsaufwand	35 000	21 721.32	32 627.69
Anschaffung/Unterh. Mobilien und Einricht.	3 000	1 719.25	3 476.75
Informatikaufwand	18 000	25 028.75	27 727.15
Beiträge an Berufsverbände	12 000	8 855.00	11 303.50
Beitrag an REKA	7 000	6 650.00	7 315.00
Sonstige Beiträge	3 000	0.00	2 060.00
Beitrag an Rentnervereinigung	9 500	9 785.00	0.00
Kurswesen	5 000	4 796.30	3 645.45
Werbung	50 000	44 864.75	44 793.85
Speisung Spez.finanz. Aktionen	40 000	40 000.00	50 000.00
Steuern	3 000	13 958.90	1 923.95
Ehrungen und Diverses	5 000	2 345.20	1 588.75
Wertschriftenverlust	0	612.00	1 700.00
Nettoaufwand Verbandsorgan «diagonal»	42 000	44 968.50	41 062.20
Total Aufwand	801 500	798 877.22	804 813.94
Total Ertrag	-808 500	-814 232.35	-807 878.30
Ertragsüberschuss	7 000	15 355.13	3 064.36

1.2 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	Aktiven 2013	Passiven 2013
Kasse	550.65		2 303.30	
Reisecheckkasse	19 498.25		22 847.25	
Postcheck	424 851.05		356 462.53	
Bank	340 276.37		405 434.82	
Wertschriften	4 538.00		5 150.00	
Diverse Debitoren	11 216.28		12 901.15	
Guthaben Verrechnungssteuer	172.75		265.60	
Mobilien, Einrichtungen, EDV	1.00		1.00	
Trans. Aktiven	0.00		10 646.00	
Diverse Kreditoren		61 335.28		59 798.00
Trans. Passiven		521 844.29		553 644.00
Depotgeld Sekt. Union du personnel		8 024.50		8 024.50
Eigenkapital		209 900.28		194 545.15
	801 104.35	801 104.35	816 011.65	816 011.65

2. Spezialfinanzierung Aktionen

2.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag	Aufwand 2013	Ertrag 2013
Bankspesen	8.00		8.00	
Aufwand Aktionen: PGK-Abstimmung	80 000.00		35 161.30	
Gutachten Polizeiverband zu PKG	0.00		6 480.00	
Kapitalzinserträge		421.80		447.50
Einlage aus allg. Verbandsrechnung		40 000.00		50 000.00
Jubiläum 2012, Beitrag kant. Lotteriefonds		0.00		7 100.00
Solidaritätsbeitrag für Aktionen der VBOG		0.00		5 000.00
Ertrag aus Sektionsauflösung VBOG		0.00		49 489.70
Ertragsüberschuss 2013			70 387.90	
Aufwandüberschuss 2014		39 586.20		
	80 008.00	80 008.00	112 037.20	112 037.20

2.2 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	Aktiven 2013	Passiven 2013
Bank	364 819.26		380 482.96	
Guthaben Verrechnungssteuer	98.05		117.25	
Debitoren	0.00		49 489.70	
Diverse Kreditoren		0.00		25 586.40
Eigenkapital		364 917.31		404 503.51
	364 917.31	364 917.31	430 089.91	430 089.91

3. Konsolidierter Erfolg des BSPV

	2014	2013
Allgemeine Verbandsrechnung	15 355.13	3 064.36
Spezialfinanzierung Aktionen	-39 586.20	70 387.90
Aufwandüberschuss 2014 (Ertragsüberschuss 2013)	-24 231.07	73 452.26

4. Stiftung Unterstützungskasse

4.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag	Aufwand 2013	Ertrag 2013
Kapitalzinsaufwand	24.15		24.15	
Dienstleistungen Dritter	4 607.90		3 468.90	
Dienstleist. der Allg. Verbandsrechnung	20 000.00		20 000.00	
Abschreibung Darlehen	2 000.00		0.00	
Steuern	2 107.45		2 136.65	
a.o. Steueraufwand Vorjahre	80.05		0.00	
Rechtsschutzkosten	117 334.30		36 020.05	
Kursverluste	612.00		1 200.00	
Unterstützungsbeiträge Mitglieder	0.00		1 622.15	
a.o. Steuerrückerstattung Vorjahr		0.00		60.15
Kapitalzinserträge		610.07		823.92
Ertragsüberschuss Liegenschaft (Ziff. 4.3)		56 238.00		58 123.35
Aufwandüberschuss		89 917.78		5 464.48
	146 765.85	146 765.85	64 471.90	64 471.90

4.2 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	Aktiven 2013	Passiven 2013
Bank	294 752.47		367 799.25	
Wertschriften	4 538.00		5 150.00	
Diverse Debitoren	4 000.00		0.00	
Guthaben Verrechnungssteuer	148.50		263.25	
Darlehen	0.00		2 000.00	
Liegenschaft	614 037.00		639 622.00	
Fest-Hypotheken		100 000.00		100 000.00
Diverse Kreditoren		4 651.15		12 041.90
Trans. Passiven		3 000.00		3 000.00
Steuerabgrenzung		650.00		700.00
Eigenkapital		809 174.82		899 092.60
	917 475.97	917 475.97	1 014 834.50	1 014 834.50

4.3 Liegenschaftsrechnung

	Aufwand	Ertrag	Aufwand 2013	Ertrag 2013
Hypothekarzinsen	1 350.00		2 000.00	
Heizung, Beleuchtung, Reinigung	8 737.90		9 681.55	
Liegenschaftssteuern	1 923.90		1 923.90	
Abschreibung	25 585.00		26 650.00	
Mietzinseinnahmen		93 834.80		98 378.80
Ertragsüberschuss	56 238.00		58 123.35	
	93 834.80	93 834.80	98 378.80	98 378.80

Spardruck schadet seit 1991

Sparpakete haben im Kanton Bern eine lange Tradition. Seit zwanzig Jahren wird gespart. Auslöserin war seinerzeit die drohende Pleite der Berner Kantonalbank als Folge der Immobilienkrise. Seither hat sich wenig geändert. Sparen ist in Bern nach wie vor Trumpf.

Am 28. Juni 2013 informierte der Regierungsrat die Öffentlichkeit im Rahmen einer Medienkonferenz über die Ergebnisse der Aufgaben- und Strukturüberprüfung ASP 2014. Es wurden ein Sparpotential von 231 Millionen Franken (2014) bis zu 491 Millionen Franken (2017) ausgewiesen.

Das ASP-Sparpaket sah einschneidende Massnahmen vor, die vom Regierungsrat in zwei Töpfe eingeteilt wurden. Einen mit tragbaren und einen mit nicht zu verantwortenden Massnahmen. Der Grosse Rat schichtete dann diese Massnahmen munter um. Anerkennenswert ist, dass das Par-

lament darauf verzichtete, das fehlende Geld einfach bei den Personalkosten einzusparen.

Das Paket sieht allerdings einen mittelfristigen Abbau von 600 Stellen vor. Die Folgen dieser Sparübung wurden und werden für viele Personalbereiche spürbar.

Für den BSPV ist von grösster Wichtigkeit, dass die geplanten Massnahmen, insbesondere der Stellenabbau, sozialverträglich umgesetzt werden. Wenn Stellen ganz aufgehoben werden, so ist den Betroffenen eine neue Stelle zu vermitteln oder eine frühzeitige Pensionierung zu ermöglichen. All jene, die einen Abbau des Beschäftigungsgrades zu gewärtigen haben, müssen die Gelegenheit haben, diesen zu kompensieren. Es wird vor allem auch befürchtet, dass Stellenreduktionen nicht parallel zu einem Aufgabenverzicht erfolgen. Dies führt dazu, dass mit weniger Personal die gleiche Arbeit wie früher geleistet werden muss. Das wiederum führt zu Stress, zu Burnout oder zur Überforderung.

Sparpakete sind nach wie vor Trumpf

Sparpakete 1–2:

Massnahmenpläne Haushaltsgleichgewicht MHG (I 1991, II 1992).

Sparpaket 3–5:

unter Hans Lauri: Massnahmenpläne Haushaltsgleichgewicht III 1994, Anschlussprogramm ASP 1995, Haushaltssanierung HS 99 1996 erstmals auch stark auf dem Buckel des Kantonspersonals. Streichung des automatischen Teuerungsausgleichs.

Sparpakete 6–7:

Massnahmen 97 MS 97 und Legislaturanierungsprogramm 1998 LSP mit Stellenabbau und Lohnreduktionen.

Sparpaket 8:

Neues Massnahmenpaket Haushaltssanierung 1999 NMH mit der Schliessung von fünf Bezirksspitalern. Zusätzliche Pflichtlektion für Lehrer. Auf NMH folgt die HALT-Demo des BSPV und anderer Personalverbände. Am 1. September 1999 protestieren 15 000

Angestellte auf dem Bundesplatz. Am 1. November 2002 sind es 20 000 an der VETO-Demo.

Sparpaket 9:

Strategische Aufgabenüberprüfung 2002 SAR und SAR-E führen zu massiven Einsparungen bei den Personalkosten (Unehnte SAR-Massnahme: das Lohnsummenwachstum wird auf 1 Prozent eingefroren). Abschaffung Erfahrungsaufstieg am 28. November 2004 mit rund 2000 Stimmen Differenz.

Sparpaket 10:

Aufgabendialog. Ein neuer Ansatz, der bei Aufhellungen am Finanzhorizont ohne Ergebnisse versandet. Am 16. März 2013 demonstrieren 20 000 Angestellte auf dem Bundesplatz unter dem Motto «Stopp Abbau».

Sparpaket 11:

Start der Aufgaben- und Strukturüberprüfung ASP 2014 als Folge einer seit langen Jahren erstmals defizitären Jahresrechnung 2013.

Hoher Rechtsschutzaufwand

Der Berufsrechtsschutz wird von den BSPV-Mitgliedern sehr geschätzt. Dieser muss immer wieder von jenen in Anspruch genommen werden, die nie damit gerechnet haben.

Im Berichtsjahr wurden 19 Rechtsschutzfälle eröffnet und durch externe Anwälte begleitet. Unzählige Rechtsbegehren oder Beratungen können direkt durch die Ge-

schäftsstelle erledigt werden. So etwa, wenn ein Vorgesetzter davon ausgeht, dass eine 64jährige Mitarbeiterin mit dem Erreichen des AHV-Alters den Kantonsdienst verlassen muss.

Betroffen machen vor allem völlig ungerichtfertigte Kündigungen. Wenn einer Sekretärin vorgeworfen wird, dass sie nach 20 Jahren nicht mehr über einen modernen Wissensstand verfüge, so wirft das auch ein schlechtes Licht auf den Arbeitge-

ber, der nichts unternommen hat, um ihre Fähigkeiten zu schulen. Weiterbildung ist auch eine Pflicht des Arbeitgebers.

Und wenn die Krankentaggeldversicherung nicht zahlen will, die Krankenkasse die Kostenübernahme verweigert oder sich die IV-Abklärungen verzögern, muss oft ein Anwalt konsultiert werden.

Im Jahr 2014 war der Aufwand ca. 115 000 Franken überdurchschnittlich hoch.

Rechtsschutzkosten in Franken

2009	47 829
2010	16 406
2011	97 680
2012	65 965
2013	36 020
2014	>115 000

Changement imposé

Lors d'une mémorable votation populaire, le corps électoral du canton de Berne a exprimé sa confiance à l'égard du personnel du canton et s'est prononcé pour la moins mauvaise des deux variantes qui lui étaient soumises.

Après la débâcle de la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois (CACEB) en 2005, le Grand Conseil chargea le Conseil-exécutif d'étudier la nécessité d'un passage de la primauté des prestations à la primauté des cotisations. Ce dernier présenta un rapport et refusa le changement de primauté. Le Grand Conseil revint à la charge par le truchement d'une motion et de déclarations de planification, obligeant ainsi le Conseil-exécutif à présenter une nouvelle loi sur les caisses de pension cantonales.

Découvert considérable

C'est le découvert financier important de la CPB et de la CACEB qui servit de motif à la détérioration des conditions de la prévoyance professionnelle. Pour financer les prestations promises, il manquait des milliards. La rémunération de la fortune placée avait été insatisfaisante pendant des années en raison de la période extraordinairement longue de faibles taux d'intérêt que traverse l'économie mondiale.

Au fil de négociations extrêmement dures, la Commission spéciale puis le Grand Conseil convinrent d'une loi qui modifie profondément le régime des caisses de pension. Le passage à la primauté des cotisations n'est qu'un des changements importants, même si c'est le plus douloureux. Désormais la totalité du risque du financement de la caisse repose pour l'essentiel sur les personnes assurées et non plus sur le canton de Berne en sa qualité d'employeur.

Modification du droit fédéral

Pendant les négociations qui durèrent des années, le droit fédéral changea, restreignant considérablement la marge de manœuvre financière des caisses de pension de droit public. Désormais toutes les caisses des communes, des cantons et de

la Confédération devront être financées à hauteur de 80 % au moins du capital de couverture nécessaire. La Confédération a fixé pour cela un délai de 40 ans.

Le Grand Conseil bernois a quant à lui opté pour un objectif plus ambitieux : un taux de couverture de 100 % et un délai d'assainissement de 20 ans seulement. Cela signifie qu'il faut injecter plus d'argent en moins de temps que ce qu'impose la Confédération.

Sans nouvelle loi et compromis susceptible de recueillir une majorité, les caisses de pension cantonales risquaient même de devoir ramener leur taux de couverture à 100 % dans un délai de 10 à 12 ans à peine. C'est pourquoi les associations du personnel étaient disposées à accepter une solution permettant. Le Grand Conseil s'est finalement rallié à une solution qui coûtera plus de 2 milliards de francs au canton de Berne.

Votation imposée

Insatisfaite de ce résultat, certains lancèrent un référendum contre la nouvelle loi. Furent alors soumis au peuple le projet principal du Grand Conseil et un projet alternatif nettement plus défavorable.

Pour les associations du personnel cette situation posait une question de fond : fallait-il soutenir la nouvelle solution et se battre pour la moins mauvaise des deux variantes? Le Comité central de l'APEB, après un long débat, opta pour la politique du « un tiens vaut mieux que deux tu l'auras » et accepta un crédit de 80 000 francs pour soutenir la campagne pour un double oui à la loi sur les caisses de pension. Nous nous sommes donc retrouvés dans une situation paradoxale: devoir nous battre pour une loi dont nous n'avions pas voulu. Un gros effort permit de rallier tous les partis, les associations du personnel et même les organisations faitières de l'économie à un Oui à la nouvelle loi sur les caisses de pension. C'est finalement la moins mauvaise des deux solutions qui fut acceptée par le peuple, preuve de la confiance des votants à l'égard du personnel du canton de Berne. Il se peut aussi que l'engagement conjoint de tous les employés de la fonction publique bernoise, des enseignantes et des enseignants, ait suffi pour influencer le résultats dans le sens voulu. Cela signifierait que nous avons la force de déterminer l'issue des votations populaires.

Les principaux éléments de la nouvelle loi sur les caisses de pension

Reconnaissance de dettes

Le canton de Berne assume pour les deux caisses la partie du découvert qui correspond aux bénéficiaires de rente pour un montant estimé à 1,1 milliard de francs (situation fin 2013).

Contributions de financement

Pour combler le reste du découvert, les employeurs et le personnel s'acquitteront de contributions de financement pendant une durée pouvant aller jusqu'à 20 ans, 40 % étant à la charge du personnel, 60 % à la charge des employeurs. Les déductions salariales s'élèveront à 0,95 % du gain assuré pour le personnel du canton et à 1,7 % du gain assuré pour le corps enseignant.

Age de la retraite fixé à 65 ans

Cela fait déjà plusieurs années que l'âge de la retraite donnant droit au maximum de la rente est fixé à 65 ans pour les assurés de la CACEB. L'âge de la retraite passe de 63 à 65 ans pour les assurés de la CPB, et de 60 à 62 ans pour les membres du corps de police.

Changement de primauté

Les deux caisses passent à la primauté de cotisations à fin 2014. Cela signifie que les rentes ne seront plus calculées en fonction du dernier gain assuré mais sur la base des avoirs épargnés qui eux-mêmes se composent des cotisations de l'employeur et des cotisations de la personne assurée ainsi que des revenus des intérêts. Pour ne pas compromettre en particulier l'objectif de rentes du personnel plus âgé, une somme de 500 millions de francs est mise à disposition pour des versements individuels.

La révision apporte des améliorations

Depuis la révision de la loi sur le personnel, les mesures salariales sont mieux réglementées, mieux planifiées et versées de manière plus fiable. Nous nous en félicitons.



Le Conseil-exécutif a donné au personnel un signal qui mérite d'être salué.

Photo: Pia Neuenschwander

Compensation du renchérissement satisfaisante

Ces dernières années ont été marquées par un très faible renchérissement qui, au cours des huit dernières années, a toujours été compensé par le Conseil-exécutif qui a même rattrapé des retards accumulés les années précédentes. Néanmoins, il reste encore un retard à compenser qui, suivant la méthode de calcul, dépasse largement 5%.

Le système de rémunération du personnel cantonal bernois établit, pour chaque classe de traitement, un traitement de base et un traitement maximal équivalant à 160% du traitement de base. La progression salariale se fait par échelons, 80 au total, de 0,75% du traitement de base tout au long de la vie professionnelle. Pour at-

teindre le traitement maximal, il faut une progression continue de 2 à 3 échelons par année. Selon les calculs de l'office du personnel, 1,5% de la masse salariale permet une progression moyenne de 2,7 échelons de traitement.

Le tableau ci-dessus est clair : les objectifs de progression salariale individuelle sont loin d'avoir été atteints entre 2004 et 2013. Ils ne l'ont pas été non plus durant les années précédentes. Les carrières ont été pratiquement bloquées même pour les personnes affichant d'excellentes performances. Pour les adaptations annuelles 2014 et 2015, le canton dispose pour la première fois de ressources suffisantes pour éviter que ce retard salarial ne se creuse encore davantage. De plus, ces ressources sont d'ores et déjà comprises dans le plan

intégré mission-financement pour les années à venir.

Comblent le retard salarial

En raison des augmentations salariales insuffisantes des dernières années, le retard salarial s'élève au total à 200 millions de francs. Les ressources libérées cette année (0,2%) permettront de compenser à peine 6 millions de francs. A ce rythme, il faudra encore 30 ans pour corriger toutes les injustices salariales. Sans compter que ce retard salarial par rapport au renchérissement va de pair avec des pertes correspondantes de contributions à la caisse de pension, pertes qui ne seront jamais compensées par l'employeur.

Perspectives incertaines

En bref, nous affichons cette année des résultats positifs et espérons que la politique salariale sera stable dans les années qui viennent. En tous les cas, nous sommes encore loin de l'objectif de salaires compétitifs par rapport à ceux de la ville de Berne, de l'administration fédérale, des cantons voisins et des grandes entreprises de service du pays.

Nous avons enfin obtenu le congé paternité de 10 jours que nous revendiquons depuis des années. Par ailleurs, les cadres de niveau moyen des classes de traitement 19 à 23 auront désormais droit eux aussi aux indemnités pour service de garde, travail de nuit et de fin de semaine. L'importance de la réduction prévue des comptes-épargne temps n'a pas encore été établie. L'APEB suit la question de près.

Contexte général

Le monde du travail évolue de plus en plus rapidement. S'il veut pouvoir compter sur du personnel qualifié, le canton de Berne doit donc pouvoir offrir des conditions de travail compétitives.

Année	Renchérissement annuel	Compensation du renchérissement	Ressources pour augmentations individuelles	Ressources pour corrections individuelles	Total Mesures salariales
2004	0,6%	0,5%	0,5%		1,0%
2005	0,8%	0,5%	0,5%		1,0%
2006	1,2%	0,5%	0,5%		1,0%
2007	1,1%	1,0%	1,0%		2,0%
2008	0,7%	1,0%	1,0%		2,0%
2009	2,4%	2,8%	0,0%		2,8%
2010	-0,5%	0,3%	0,7%		1,0%
2011	0,7%	0,7%	1,0%	0,1%	1,8%
2012	0,2%	0,4%	0,9%	0,2%	1,5%
2013	-0,7%	0,0%	0,4%		0,4%
2014	-0,1%	0,0%	1,5%		1,5%
2015	0,1%	0,1%	1,5%	0,2%	1,8%

Les dégâts de l'austérité depuis 1991

Le canton de Berne a une longue tradition de mesures d'économie. Depuis une bonne vingtaine d'années, l'austérité y règne en maître. S'il s'agissait à l'origine de faire face au risque de faillite de la Banque cantonale bernoise, suite à la crise de l'immobilier.

Lors de la conférence de presse du 28 juin 2013, le Conseil-exécutif informait le public des résultats de l'examen des offres et des structures EOS 2014. Le Conseil-exécutif a ainsi proposé des mesures d'écono-

mie allant de 231 millions de francs en 2014 à 491 millions de francs en 2017.

Pour réaliser ces économies, il définit deux paniers de mesures EOS. L'un comprenant les mesures supportables,

l'autre des mesures dont il estimait ne pouvoir assumer la responsabilité. Ensuite le Grand Conseil se mit joyeusement à mélanger toutes ces mesures. Il faut certes reconnaître que le Parlement renonça à économiser l'argent manquant sur les coûts du personnel.

A moyen terme, les mesures d'économie se traduiront toutefois par la disparition de 600 postes et leurs effets seront perceptibles dans les années qui viennent dans de nombreux domaines.

Pour l'APEB, il est essentiel que les mesures adoptées, en particulier les suppressions d'emplois, soient mises en œuvre de manière socialement supportable. Toute suppression de poste doit s'accompagner, pour les personnes concernées, par la proposition d'un poste différent ou d'une retraite anticipée. Les personnes qui se voient imposer une baisse de leur taux d'occupation doivent avoir la possibilité de compenser cette baisse.

L'austérité toujours d'actualité

Train de mesures 1-2:

Plans de mesures d'équilibre des finances MEF I en 1991, MEF II en 1992.

Train de mesures 3-5:

Sous Hans Lauri: plans de mesures d'équilibre des finances MEF III en 1994. Programme de relais PdR en 1995 et programme d'assainissement des finances AF '99 en 1996 qui pour la première fois affecte fortement le personnel du canton. Suppression de la compensation automatique du renchérissement.

Train de mesures 6-7:

Mesures 97 MS 97 et programme d'assainissement de la législature PAL en 1998 avec suppressions de postes et baisses des salaires.

Train de mesures 8:

Nouveau train de mesures visant à assainir les finances NTA en 1999 avec la fermeture de cinq hôpitaux de district. Période d'enseignement supplémentaire imposée au corps enseignant. Le NTA donne lieu à une manifestation de l'APEB et d'autres associations du personnel. Le 1^{er} septembre 1999, 15 000

employé-e-s protestent sur la Place Fédérale. Le 1^{er} novembre 2002, 20 000 personnes prennent part à la manifestation VETO.

Train de mesures 9:

Examen stratégique des prestations publiques ESSP en 2002 puis rapport ESSP complémentaire débouchent sur des mesures drastiques de réduction des coûts du personnel (« fausse » mesure ESSP: gel de la progression de la masse salariale à 1 pour cent). Suppression du mécanisme de progression salariale au titre de l'expérience le 28 novembre 2004 acceptée avec à peine 2000 voix de différence.

Train de mesures 10:

Dialogue sur les prestations. Une nouvelle approche qui, alors que les perspectives financières connaissent une embellie, s'ensable sans résultat. Le 16 mars 2013, une manifestation sur la Place Fédérale réunit 20 000 employé-e-s avec le slogan « Halte au démantèlement ».

Train de mesures 11:

Examen des offres et des structures EOS en 2014 suite aux comptes 2013 déficitaires pour la première fois depuis de nombreuses années.

Une charge importante

La protection juridique professionnelle de l'APEB est très appréciée de ses membres. Et doivent parfois y faire appel ceux qui s'y attendaient le moins.

Au cours de l'exercice 2014, 19 nouveaux cas de protection juridique ont été ouverts et confiés à des avocats externes. A côté de cela, le Secrétariat de l'APEB répond à d'in-

nombrables questions juridiques, donne des conseils et règle directement de nombreux problèmes. Ce sont souvent des affaires très simples, par exemple le cas d'un supérieur hiérarchique qui pense qu'une collaboratrice est obligée de quitter son poste à l'âge AVS de 64 ans.

Certains cas de licenciements injustifiés sont particuliers choquants. Comme lorsqu'une secrétaire se voit reprocher après 20 ans de service de ne pas disposer de connaissances suffisamment à jour. Cela jette une lumière crue sur un employeur

qui n'a rien entrepris pour former cette personne. La formation continue est aussi une obligation de l'employeur.

Les cas liés à des problèmes de santé du personnel sont parfois très complexes et chronophages, lorsque par exemple l'assurance d'indemnités journalières en cas de maladie ne veut plus verser d'indemnités, ou lorsque la caisse maladie refuse de prendre en charge certaines prestations ou encore lorsque des examens de l'AI se prolongent indéfiniment. Il faut alors souvent avoir recours à un avocat.

Coût de la protection juridique en francs

2009	47 829
2010	16 406
2011	97 680
2012	65 965
2013	36 020
2014	>115 000

Un combat long et déterminé qui a porté des fruits

Plusieurs années de négociations et un énorme investissement de l'APEB ont permis d'empêcher que la révision de la loi sur les caisses de pension cantonales n'introduise une détérioration absolument inacceptable pour le personnel. Par ailleurs, la progression salariale individuelle figure enfin dans la loi. L'APEB est pourtant loin d'avoir réalisé tous ses objectifs et s'attellera à ses prochains chantiers sous la conduite de sa nouvelle présidente.

Secrétariat

La composition du secrétariat n'a pas changé en 2014. Se partageant un volume total d'à peine 320 %, Matthias Burkhalter, Daniela Zryd, Esther Ritter et Sabine Ritz parviennent à gérer les affaires quotidiennes de l'APEB tout en offrant un service de conseil, suivi et information aux membres qui s'adressent au secrétariat.

Comité directeur

Anastasia Falkner, présidente de tribunal, a été élue à la présidence de l'APEB par l'Assemblée des délégués pour succéder à Peter Bernasconi, également membre du Grand Conseil. Ce dernier a été nommé membre d'honneur de l'APEB en hommage à son engagement sans faille pour le personnel entre 2008 et 2014. Anastasia Falkner est la neuvième présidente dans l'histoire de l'APEB, fondée il y a 102 ans, et la première femme qui accède à cette responsabilité.

Les neuf membres du Comité directeur se sont réunis à neuf reprises au courant de l'année 2014. Ils se sont notamment penchés sur la votation sur la révision de la loi sur les caisses de pension cantonales, sur les effets des mesures d'économie et sur la procédure de consultation relative à la révision de l'ordonnance sur le personnel, et ont discuté également diverses améliorations des conditions d'engagement pour plusieurs groupes professionnels.

Elections

Pour les élections au Grand Conseil bernois, le Comité directeur a apporté son sou-

tien à 18 membres de l'APEB, issus de presque tous les partis. Onze ont été réélus et les autres ont obtenu des résultats honorables. C'est un bon signe pour l'APEB, car nous tenons beaucoup à être représentés au sein du Grand Conseil et de tous les partis politiques. Il est à ce titre particulièrement réjouissant que nos deux membres de longue date, Andreas Rickenbacher et Philippe Perrenoud, aient été réélus au Conseil-exécutif.

Comité central

Le Comité central (CC) s'est réuni trois fois durant l'année sous revue. En février déjà, l'APEB convoquait une séance extraordinaire du Comité central pour traiter de la votation du 18 mai sur la révision de la loi sur les caisses de pension cantonales.

Peu avant la votation populaire, le 8 mai, le Comité central s'est réuni une deuxième fois et a rediscuté de ces votations. En collaboration avec LEBE et le SSP ainsi que de nombreuses autres organisations, l'APEB avait constitué un large comité de soutien au oui/oui et au projet principal pour la question subsidiaire. Il ne restait plus qu'à attendre l'issue de la votation.

La dernière séance du Comité central s'est tenue en octobre à Huttwil. Pour une fois, il n'y avait pas de décision fondamentale à prendre. Anastasia Falkner, la nouvelle présidente, et Matthias Burkhalter, l'administrateur, ont donné des informations sur la situation de la caisse de pension, les effets délétères de l'EOS et les questions relatives à la politique du per-

sonnel qui avaient enfin été clarifiées et celles qu'il fallait continuer de suivre. L'après-midi le CC a visité l'entreprise Biketec, à la pointe dans la production de vélos électriques.

Assemblée des délégués

Après six années passées à la présidence de l'APEB et le terme de sa législature au Grand Conseil, Peter Bernasconi a remis son mandat de président lors de l'Assemblée des délégués du mois de juin. Celle-ci a élu à l'unanimité Anastasia Falkner pour lui succéder ainsi que Beat Baumgartner pour reprendre les fonctions d'Hugo Marthaler, réviseur depuis de nombreuses années. Peter Bernasconi en a profité pour présenter une rétrospective. Il a notamment rappelé que la loi sur le personnel avait été indirectement modifiée avec la révision de la loi sur le statut du corps enseignant, et que le Conseil-exécutif puis le Grand Conseil avaient enfin ancré dans la loi une garantie de progression salariale de 1,5 % par année. Il a évoqué en outre la votation sur la loi sur les caisses de pension cantonales qui a abouti à la meilleure solution possible sur les trois variantes en jeu, un résultat conforme à la décision du CC du mois de mai. Ont été abordées également les mesures d'économie EOS et leurs graves effets négatifs (déplacements, mises à la retraite et fluctuations) pour le personnel du canton.

Sections

Durant l'année sous revue, nous avons une fois de plus eu le plaisir d'assister à la

création d'une nouvelle section: le 16 septembre, réunie à l'hôtel Berne, une délégation du personnel non juridique de la Justice du canton de Berne a en effet fondé la section « **Personnel de la Justice du canton de Berne** » qui compte d'ores et déjà 20 membres et va continuer de grandir. Cette section sera officiellement accueillie au sein de l'APEB, à l'occasion de son Assemblée des délégués le 24 juin 2015. Venant s'ajouter à l'Association des juges et procureurs bernois (AJPB) et à l'Association des greffiers bernois, cette nouvelle section contribue à une représentation large des intérêts de l'APEB au sein de la justice bernoise.

Un important travail d'information a été indispensable pour les trois sections de la **psychiatrie bernoise** de Münsingen, Bellelay et des SPU. Les mesures EOS et l'externalisation prévue de l'administration cantonale au 1^{er} janvier 2017 posent de nombreux problèmes et questions. Les Directions des services concernés ont engagé avec l'APEB un dialogue ouvert et utile. Est également directement touchée par le démantèlement des services publics cantonaux la Société pastorale

de l'**Eglise évangélique réformée Berne-Jura-Soleure** à laquelle le Grand Conseil a imposé la suppression de 27,5 postes pour les années à venir. Il a fallu durant l'année sous revue dégager des solutions socialement supportables.

L'**Association cantonale bernoise des cantonniers**, un pilier important de l'APEB, a fêté cette année son centième anniversaire. Ses quatre sous-sections doivent malheureusement faire face à un recul continu de leur effectif, une tendance qui tient d'une part au fait que de nombreux postes vacants ne sont pas réattribués et que le nombre de personnes travaillant dans l'entretien des routes ne cesse de baisser, d'autre part au fait que la solidarité autrefois supérieure à la moyenne dans ce groupe professionnel tend à disparaître.

Dans le domaine de l'**exécution des peines et des mesures** en revanche, l'effectif des membres affiche une forte progression, dont une partie tient toutefois aux difficultés actuelles qui affectent les

ressources humaines. L'insuffisance des effectifs et des problèmes de gestion se traduisent par des situations de stress considérable et une importante fluctuation du personnel.

La section de loin la plus importante est l'**Association de Police Berne-Canton** (APBC) qui vient de dépasser la barre des 2000 membres. On ne peut que se féliciter de l'introduction, avec le Commandement de la police et le Conseil-exécutif, d'une formation spécifique pour la police en uniforme qui améliore les perspectives professionnelles. L'effectif actuel des postes ne correspond cependant toujours pas aux besoins démontrés. Markus Meyer, président de la section depuis de nombreuses années, a transmis le flambeau à Adrian Wüthrich, membre du Grand Conseil, auquel il appartiendra de défendre les intérêts du corps de police avec autant de ténacité et d'efficacité que son prédécesseur.

Il n'est pas simple de défendre les intérêts du personnel des **trois hautes écoles bernoises** où nous comptons trois sections réunissant le corps enseignant, une pour l'Université de Berne, une pour la Haute école spécialisée de Berne et une pour la Haute école pédagogique. La représentation est moins bonne pour le personnel administratif, même si quelques évolutions justifient un certain optimisme, notamment les activités de la section du personnel des bibliothèques qui intervient de manière active dans la politique de l'APEB.

L'engagement important et la croissance de l'**Association des retraités** ont de quoi nous réjouir. Sous la houlette d'un comité très actif, l'association propose non seulement un programme très intéressant, mais fait preuve aussi d'une solidarité tout à fait impressionnante à l'égard du personnel actif du canton.

Si nous ne rendons pas compte ici de l'activité de toutes les sections, ce n'est pas parce qu'elles fonctionnent mal, mais au contraire parce que beaucoup de choses roulent parfaitement au niveau des sections. Celles-ci participent à la vie et aux activités de l'APEB, tout en défendant spé-

cifiquement les intérêts de leurs membres. Ossature de l'APEB, les sections sont des interlocuteurs essentiels du Comité directeur et du Secrétariat. Nous profitons de l'occasion de ce rapport pour adresser nos plus vifs remerciements à tous les membres actifs de l'association qui se battent pour réaliser nos objectifs communs.

Partenariat social

L'APEB participe au dialogue entre partenaires sociaux à plusieurs niveaux. Chaque année ont lieu plusieurs entretiens avec une délégation du Conseil-exécutif, précédés d'une rencontre avec l'Office du personnel du canton de Berne. Un échange régulier est en outre désormais institutionnalisé avec la Direction de la Justice, le Commandement de la Police ainsi que les Directions des Services psychiatriques universitaires et du Centre psychiatrique de Münsingen. De manière générale, l'APEB peut compter sur une grande sensibilité des représentants de l'employeur pour les questions de politique du personnel. Tout n'est pas toujours réalisable tout de suite. Mais chaque année nous obtenons des résultats et faisons de progrès petits ou grands.

Caisse de pension

Les délégués nouvellement élus de la **Caisse de pension bernoise** (CPB) se sont réunis pour la première fois dans leur nouvelle composition. Avec Christoph Joss, c'est le président de la section APEB des inspections scolaires qui a été élu à la présidence de l'Assemblée des délégués. Les délégués, le Bureau de l'Assemblée des délégués et la délégation du personnel de la Commission administrative se composent toutes en majorité de membres APEB.

Nos contacts avec la **Caisse d'assurance du corps enseignant bernois** (CACEB) sont un peu moins étroits car seule une petite partie de nos membres est assurée auprès de cette caisse. La Commission administrative de la CACEB compte néanmoins deux membres de l'APEB.

Editorial

Plusieurs décisions sont tombées

L'année sous revue a été marquée par le vote du peuple sur la nouvelle loi sur les caisses de pension cantonales. Grâce à la campagne menée par les associations du personnel, la variante la plus modérée a finalement été acceptée. Les effets du passage à la primauté des cotisations seront atténués par des contributions importantes de l'employeur. De plus, il a été possible de maintenir des mesures salariales raisonnables en dépit des trains de mesures d'économie très douloureux.

Anastasia Falkner, présidente

Pour la plupart des employés du canton, la nouvelle loi sur les caisses de pension n'apporte aucune amélioration, au contraire. En raison d'un déficit de couverture de plusieurs milliards, employeurs et personnel ont dû accepter des sacrifices. Que dans une telle situation, le Grand Conseil, le Conseil-exécutif et le corps électoral bernois aient adopté un compromis à peu près équilibré ne va pas de soi. Cette décision met fin à des années d'insécurité au niveau de la prévoyance professionnelle.

Nous avons obtenu en 2014 une progression salariale satisfaisante qui intègre une compensation complète du renchérissement, faible il est vrai, ainsi que l'allocation des ressources prévues par la loi sur le personnel pour une augmentation correcte des échelons de traitement et une somme modeste pour compenser les développements erronés des années passées.

Nous pouvons nous féliciter également de l'introduction d'un congé paternité de 10



La présidente Anastasia Falkner et l'administrateur Matthias Burkhalter revendiquent une amélioration des conditions de travail pour le personnel du canton. Source: Polizeiverband

jours au début de l'année 2015. C'est là le résultat des efforts permanents de l'APEB pour améliorer les conditions de travail. Nos revendications, si elles sont justifiées,

sont loin d'être toutes réalisées. L'APEB continuera de mettre toute son énergie dans la défense de ses membres.

11

Caisse de pension

Nouvelle LCPC: le peuple du canton de Berne a opté pour la moins mauvaise des deux variantes.

12

Mesures salariales

La révision partielle de la loi sur le personnel assure enfin une progression salariale individuelle plus fiable.

13

EOS

Le canton a une longue tradition des mesures d'économie. Les effets des mesures actuelles EOS se font ressentir.

Indication

Comptes de résultats

Les comptes de l'exercice 2014 de l'APEB bouclent à nouveau sur un bénéfice. Voir détails en page 8 et 9.